

Grußwort Johanna Scheringer-Wright, Partei Die Linke

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Freundinnen und Freunde von der DKP,

ich freue mich, heute hier bei euch zu sein und ich danke für die Einladung und ich überbringe euch die besten Wünsche meines Parteivorstandes, der Partei Die Linke. Ich bin auch froh, dass ich heute hier bin, weil wir morgen in Kassel unsere linke Strategiedebatte führen, morgen und übermorgen. Und ich finde es wichtig, dass wir uns im Vorfeld auch noch mal im linken Spektrum der Gesellschaft vergewissern. Und da geht es nicht um kuscheln, wie mein Vorredner vielleicht am Anfang angemerkt hat, sondern es geht eigentlich darum: Wo steht man und was braucht dieses Land? Denn Linke und auch die Partei Die Linke braucht den Austausch und den Input von anderen linken Kräften. Es ist wichtig, zu diskutieren: Wie kann das linke Lager, das echte linke Lager gestärkt werden? Wie können Kommunisten, Sozialisten, auch Trotzkiten und Anarchisten zusammenarbeiten, um Druck aufzubauen für Abrüstung, für die Sicherung des Friedens, für Klimaschutz, für bessere Arbeitsbedingungen, für eine Beendigung des ausbeuterischen Hartz-IV-Systems und die Einführung einer Grundsicherung, die ein würdevolles Leben ermöglicht? So eine Zusammenarbeit wird immer wichtiger, weil sich die politische Agenda immer weiter nach rechts verschiebt.

Seit der politischen Niederlage und dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder wurde der Kapitalismus als Wirtschaftssystem fast überall auf der Welt durchgedrückt. Parallel dazu wurden und werden auch die Herrschaftsinstrumente und Unterdrückungsmechanismen angewendet, die den Kapitalismus und die Macht der Konzerne sichern. Die Einschränkung der demokratischen Freiheiten, die Verschärfung der Polizeigesetze, all diese Maßnahmen stehen täglich auf der Agenda in unserem Land. Und inzwischen gibt es eine neofaschistische Partei in allen bundesdeutschen Landtagen, die offen auf Rassismus, völkische Ausgrenzung und Gesellschaftsspaltung setzt. Die Antwort der Bundesregierung und der Landesregierungen ist bislang nicht, diesen rechten Stimmenfängern den sozialen Nährboden zu entziehen, sondern im Gegenteil, sie führen ihren neoliberalen Kurs fort und treten in Wettbewerb mit dem Abbau von demokratischen Rechten und Menschenrechten. Als Beispiel sei hier nur der weitere Abbau des Rechts auf Asyl genannt oder ebenso alarmierend die Aberkennung der Gemeinnützigkeit für die VVN. Vor diesem Hintergrund ist es so wichtig, dass die linken Kräfte, dass wir zusammenarbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich aber auch hier offen sagen, was ist, so wie ich das auch in meinem Parteivorstand oder in meinen Parteiorganisationen mache. Und ich tue das nicht, wie mir manchmal vorgehalten wird, weil ich meiner Partei eins reindrücken will, sondern ich tue das, weil ich fest davon überzeugt bin, dass es unserer gemeinsamen Sache nur dienen kann, wenn wir ehrlich und glaubwürdig sind. Alles andere schürt Illusionen.

In der Partei Die Linke wird sich inzwischen viel zu stark mit der Frage beschäftigt, wie man in eine Regierung kommen kann. Regierungsbeteiligung wird als

Gestaltungsoption definiert. Und dann wird so getan, als wäre eine Gestaltungsoption, sprich eine Regierungsbeteiligung schon gesellschaftlicher Fortschritt an sich und würde den Kapitalismus erschüttern. Falls der Begriff Kapitalismus überhaupt verwendet wird in diesen Debatten. Das Gegenteil ist der Fall. Das kann man und konnte man insbesondere an den Ergebnissen der Regierungsbeteiligung in Thüringen, Berlin und Brandenburg sehen. Da gibt es zum Beispiel in Thüringen den wahnsinnigen Anpassungszwang der Linken an die Koalitionspartner SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dass die DDR im Koalitionsvertrag 2014 und jetzt wieder im Koalitionsvertrag 2020 als Unrechtsstaat festgeschrieben wird, zeigt, wie weit sich die Linke der antikommunistischen, antisozialistischen Meinung unterworfen hat. Dass die Linken-Verhandlungsführer unter Bodo Ramelow dies immer wieder aktiv tun, zerreißt viele Mitglieder der Partei Die Linke, auch mich. Wenn zusätzlich in der praktischen Regierungsarbeit auch noch eine Annäherung, ja Anbiederung an CDU- und FDP-Politik stattgefunden hat, dann, bin ich überzeugt davon, schadet das meiner Partei Die Linke, aber es unterminiert auch alle linken Kräfte in dieser Gesellschaft. Wie kann es sein, dass nach dem NSU-Skandal mit dem Verfassungsschutz in Thüringen so umgegangen wird, dass die Ämter - auch in Brandenburg, Berlin - dass die Ämter fast genauso weitermachen wie zuvor? Und wie kann es sein, dass unter einem Linken-Ministerpräsidenten die Kommunistische Plattform der Partei Die Linke, die DKP und die Rote Hilfe vom Verfassungsschutz überwacht werden? Da ist es kaum verwunderlich, dass die Mainstreammedien in Thüringen so zufrieden mit dieser Regierungsarbeit von Bodo Ramelow sind. Im Endeffekt muss man feststellen, dass neoliberale Regierungspolitik gemacht wurde, so wie in den Nachbarländern Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Hessen. Und ihr wisst, wer da regiert.

Ich möchte es nur mal kurz an einem Beispiel illustrieren. Nach fünf Jahren Rot-Rot-Grün ist Thüringen im Bundesländervergleich bei der Exportquote auf Platz 4 geklettert. Beim Lohnniveau jedoch verharrt Thüringen trotz florierender Wirtschaftslage immer noch auf dem vorletzten Platz. Nur Mecklenburg-Vorpommern liegt hinter uns. Da stellt sich doch die Frage: Auf welcher Seite steht Die Linke dort? Natürlich sind die Unternehmer mit dieser Entwicklung zufrieden. Aber viele Menschen im Land sind es nicht. Viele Menschen sind im wahrsten Sinne des Wortes abgehängt. Sie müssen täglich um ihr berleben im Niedriglohnjob, mit Niedriglohn kämpfen. Es gibt keinen flächendeckenden ÖPNV, um zur Arbeit, zum Einkaufen oder zum Arzt zu kommen. Gerade in den ländlichen Regionen hat sich viel Wut aufgestaut während der fünf Jahre Rot-Rot-Grün. Und da komme ich dann zu dem Thema, über das zu berichten mich euer Vorsitzender gebeten hat: dem Wahleklat in Thüringen, im Thüringer Landtag.

Dieser Wahleklat hat Thüringen nun einen zurückgetretenen FDP-Ministerpräsidenten beschert. Nach fünf Jahren Rot-Rot-Grün hat bei den Landtagswahlen Die Linke 31 Prozent eingefahren und Bodo Ramelow als Spitzenkandidat hat proklamiert, er werde die rot-rot-grüne Koalition fortsetzen. Die SPD hat jedoch massiv verloren und erzielte nur noch 8,2 Prozent. Und Bündnis 90/Die Grünen haben auch ein bisschen verloren und standen bei 5,2 Prozent. Die CDU, und das war interessant, hat auch unheimlich verloren und ist auf 21 Prozent gesunken. Nach Whlerwanderungsanalysen war das dem geschuldet, dass einerseits Die Linke Stimmen aus dem konservativen Lager einheimsen konnte, natürlich auch von der SPD, und zudem die AfD Stimmen der CDU auf sich verzeichnen konnte. Und die ist mit 23,4 Prozent zweitstärkste Kraft geworden. Die

haben ihr Ergebnis verdoppelt. Die FDP rutschte mit 107 absoluten Stimmen über der Fünf-Prozent-Hürde geradeso in den Landtag. Bodo Ramelow und Die Linke feierten sich als Sieger, obwohl klar war, dass diese Koalition nicht fortzuführen ist. Ordentliche Wahlanalysen und Auswertungen wurden meiner Ansicht nach nicht durchgeführt. Im Gegenteil, Bodo Ramelow sonnte sich immer wieder in seinem beschworenen Beliebtheitsgrad und setzte auf seine Wiederwahl als Ministerpräsident im Landtag. Nach der Thüringer Verfassung ist es so: Es gibt drei Wahlgänge. Wer in den ersten beiden Wahlgängen keine Mehrheit erringen kann, und es hat keiner die Mehrheit errungen, der tritt nochmal an im dritten Wahlgang. Im dritten Wahlgang ist der gewählt, der die meisten Ja-Stimmen hat. Andere Stimmen zählen nicht. Das Ergebnis des Wahlgangs, auch des dritten, zeigte aber, dass sich die Anbiederung des Linken-Spitzenpersonals an die CDU und FDP nicht ausgezahlt hatte. Die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten der CDU ließ sich nicht in Haftung nehmen, um Rot-Rot-Grün den Ministerpräsidenten zu sichern. Im Gegenteil, dass die FDP im dritten Wahlgang ihren Spitzenkandidaten Kemmerich aufstellte, um mit den Stimmen von CDU und AfD - die AfD hatte einen eigenen Kandidaten, einen No-Name-Kandidaten, der im dritten Wahlgang null Stimmen erhielt - dass Kemmerich dann mit diesen Stimmen 45 Ja-Stimmen, gegenüber Bodo Ramelows mit 44, auf sich vereinen konnte, zeigt, dass es den bürgerlichen Fraktionen und Parteien trotz allem ernst war, Rot-Rot-Grün abzuwählen. Mehr noch, was da passiert ist, ist, dass der faschistoiden AfD dieser Coup die Möglichkeit geboten hat, sich in Thüringen als Retter der bürgerlichen Mitte aufzuspielen.

Das ganze Szenario war in gewisser Hinsicht auch vorauszusehen. Nicht nur wegen der Zählungsverhältnisse. CDU, FDP und, ja, auch die AfD sind kapitaltragende Parteien, und denen wird es immer darauf ankommen, klar und eindeutig die kapitalistischen Verhältnisse zu sichern, egal wie. Was folgte, war ein Aufschrei und eine Erschütterung der öffentlichen Meinung. Der Testballon, den die AfD aufsteigen ließ, hat dieses Mal noch nicht getragen. Möglicherweise auch deshalb nicht, weil die AfD sich gleich nach der Landtagssitzung selbst verbal disqualifiziert hat. Zum anderen, denke ich, weil wir in Deutschland und der EU eben gegenwärtig doch noch nicht wieder so weit sind, dass eine faschistische Partei vollständig die politischen Fäden ziehen kann. Zu schwer wirken die politischen Morde der jüngsten Zeit. Man denke nur an die Erschießung des Regierungspräsidenten Lübcke, der ja von der CDU war. Und auch die Geschichte Thüringens, wo 1929 durch die Konservativen der erste NSDAP-Minister etabliert wurde und in die Regierung aufgenommen wurde, wirkt natürlich nach.

Leider muss ich nun feststellen, dass offenbar in der Linken in Thüringen, zumindest beim Führungspersonal, kein Umdenken bezüglich der CDU stattfindet. Anstelle nach dem Rücktritt Kemmerichs unverzüglich Neuwahlen durchzusetzen, was durch die öffentlichen Proteste auch gestützt würde, haben sich Bodo Ramelow und sein Team einmal mehr in Verhandlungen mit der CDU begeben. Es soll auf Teufel komm raus eine Übergangsregierung gebildet werden, obwohl für 2020 ein Haushalt vorliegt und das Land geführt werden kann. Nun soll am 4.3.2020 im Landtag Bodo Ramelow doch noch zum Ministerpräsidenten gewählt werden, mit einigen Stimmen der CDU. Und dann erst im April 2021 Neuwahlen durchgeführt werden. Bis dahin will man also so weiterwurschteln. Noch offener die neoliberale Politik weiterführen und offenbar, anders kann ich mir das nicht erklären, der CDU Zeit geben, sich neu aufzustellen und Kraft zu sammeln, um dann gestärkt in Wahlen zu gehen. Da stellt sich für mich eine Grundsatzfrage: Was wollen Bodo und sein Team? Leider ist

dieser Kurs auch bei meinen Parteivorsitzenden und der Mehrheit meines Parteivorstandes mehr oder weniger akzeptiert. Und das wiederum finde ich mehr als bedenklich. Wird denn nicht realisiert, dass es nicht nur die CDU gerade zerreißt, sondern auch Die Linke, wenn so eine Politik gemacht wird? Denn ist es nicht eine Bankrotterklärung für alle, die für gesellschaftliche Veränderungen im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung, im Sinne der von Armut Betroffenen, der Benachteiligten, Ausgegrenzten, Geflüchteten streiten? Und vor diesem Hintergrund möchte ich wieder auf meine Ausgangsthese im Grußwort zurückkommen. Es ist unabdingbar, dass die wirklich linken Kräfte in dieser Republik zusammenarbeiten, um Druck von links zu machen. Wenn wir das nicht schaffen, dann wird die Partei Die Linke immer weiter in die sogenannte Mitte, aber eigentlich nach rechts, getrieben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor diesem Hintergrund freue ich mich wirklich, dass ich hier bei euch bin und wünsche euch einen erfolgreichen Parteitag. Venceremos!